

Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)

- (A) Rede von **Gebäudesanierung**. Ja, wir sind auch für Gebäudesanierung. Wir unterstützen sie aktiv und massiv.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kürzen sie ja! – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum kürzen Sie dann?)

Aber bei den Grünen heißt das Nutzungspflicht für erneuerbare Energien in Bestandsgebäuden. Das heißt, jeder muss zu einem bestimmten Anteil erneuerbare Energien für sein Häuschen nutzen.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja wie in Baden-Württemberg! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat doch Frau Gönner auch beschlossen!)

Außerdem sagen Sie, dass Sie Obergrenzen für den Energieverbrauch einführen wollen.

Ich sage Ihnen mal, was das im Klartext heißt, damit die Menschen im Land verstehen, was beide Forderungen – Nutzungspflicht für erneuerbare Energien in Bestandsgebäuden und Obergrenzen – bedeuten.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Baden-Württemberg!)

Das bedeutet im Klartext Zwangssanierung von Gebäuden zulasten der Häuschenbesitzer, Zwangssanierung auf deren Kosten. Das bedeutet das, was Sie beschlossen haben.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich nenne das Enteignung. Wenn Sie einen Menschen zwingen, sein Häuschen auf seine Kosten für 150 000 Euro zur Wärmedämmung zu sanieren, obwohl es nur 100 000 Euro wert ist, dann kann er es nur abreißen. Was Sie auf Ihrem Parteitag beschlossen haben, ist Enteignung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Grünen sind auf dem Weg zur Barrikadenrepublik, ohne Frage.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit Ihnen los?)

Die grüne Botschaft lautet: dagegen sein. Die grüne Zukunft ist Stillstand. Sie haben auf Ihrem Parteitag den Ausbau von Stromleitungen beschlossen. Wenn ich nach Thüringen schaue, dann sehe ich die Fraktionsvorsitzende der Grünen an der Spitze der Bewegung gegen den Bau einer 380-kV-Leitung in Thüringen. Das ist die Wahrheit. Wenn es konkret wird, sind Sie dagegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In Datteln in Nordrhein-Westfalen soll ein neues Kohlekraftwerk gebaut werden, sauberer als die anderen, die da bisher stehen, und Sie hintertreiben in der Minderheitsregierung, der Sie angehören, den Bau dieses Kraftwerks mit allen Mitteln.

In Niederbayern soll ein Pumpspeicherwerk für die Speicherung regenerativer Energie gebaut werden, damit man sie dann abrufen kann, wenn man sie braucht. Wer ist dagegen und selbstverständlich wie immer an der Spitze der Bewegung? Die Grünen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie heute in Niederbayern in die Zeitung schauen, dann lesen Sie dort, dass es eine Initiative gegen den Digitalfunk der Feuerwehr gibt. Wer ist an der Spitze der Bewegung?

(Zurufe von der CDU/CSU: Die Grünen!)

Natürlich die Grünen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie bekennen sich zur Schiene; sie wollen eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Aber das ist wieder eines dieser Bekenntnisse, denen keine politischen Taten folgen. Denn sie sagen Nein zur Fehmarnbelt-Querung nach Dänemark, und Sie sagen Nein zur Y-Trasse von Hannover nach Bremen und Hamburg.

Sie sagen überall da, wo sie gefragt sind, Nein. Sie sagen Nein zu Olympia 2018. Sie sagen Nein; sie sind dagegen. Sie organisieren den Abstieg dieses Landes. Dagegen allerdings haben wir etwas. Deutschland kann froh sein, dass eine christlich-liberale Regierung in diesem Lande regiert.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Petra Merkel hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute zwei Bereiche des Einzelplans 04 erwähnen, nicht nur den Kulturteil – dazu komme ich gleich –, sondern auch den Bereich Integration; denn auch dieser findet sich im Einzelplan 04. Das ist ein kleiner Etat. Integration ist sicherlich – da sind wir uns alle einig – eine der zentralen Herausforderungen in unserer Gesellschaft, und zwar nicht nur bei den Reden am Sonntag. Bei jeder Gelegenheit, ob im nationalen Integrationsplan oder im Migrationsbericht der Bundesregierung, werden kulturelle Bildung und Vermittlung, Kulturaustausch, bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe als Schlüsselfaktoren für Integration hervorgehoben. Dazu gehört natürlich auch der Erwerb der deutschen Sprache.

Die Ernsthaftigkeit der **Integrationspolitik** ist in Haushaltsplänen abzulesen. Abgesehen von der Tatsache, dass viele im nationalen Integrationsplan angekündigte Maßnahmen bis heute nicht umgesetzt, geschweige denn finanziell ausreichend ausgestattet sind, werden wichtige Programme und Förderungen des Bundes deutlich gekürzt. Beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gibt es zum Beispiel den Titel

Petra Merkel (Berlin)

- (A) „Kulturelle Vermittlung“, für den statt 2 Millionen Euro wie in diesem Jahr nur noch 1,2 Millionen Euro eingestellt werden. Dazu sage ich: Na gut, da kann man wohlwollend sein. Das ist ein frisches Programm, das in diesem Jahr gestartet ist. Es befindet sich also noch in den Startlöchern. Aber die Mittel wurden abgesenkt.

Beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde – darüber haben wir bereits diskutiert; das wird auch Thema bleiben – das Programm „Soziale Stadt“ gestutzt. Die Mittel wurden von immerhin 95 Millionen Euro auf 28,5 Millionen Euro gekürzt. Künftig wird die Verwendung der Mittel auch noch auf investive Maßnahmen begrenzt. Viele Projekte zur Integration und im Quartiersmanagement in den Ballungsräumen sind nun wirklich gefährdet.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Investitions-
haushalt, nicht Sozialetat!)

Sehen wir im Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach! Die **Jugendfreiwilligendienste** sind massiv von Kürzungen betroffen. Im Haushalt des Bundesministeriums des Innern könnten die Integrationskurse durchaus erheblich mehr Mittel vertragen, damit Wartezeiten auf Deutschkurse von mehreren Monaten vermieden werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der LINKEN)

Integrationspolitik, die ernst gemeint ist, sieht anders aus.

- (B) Gerade durch die Förderung konkreter, auf Integration und Teilhabe ausgerichteter Angebote werden Menschen aller Altersgruppen und Herkunft häufig erst in die Lage versetzt, an unserer Gesellschaft teilzuhaben und sich einzubringen. Frau Staatsministerin Böhmer, ich schätze Sie als engagierte Politikerin. Was sagen Sie eigentlich zu dem, was in den Haushalten der anderen Ministerien passiert? Integrationspläne und Integrationsgipfel reichen nicht aus, wenn notwendige aktive Integrationsprogramme so gekürzt werden, wie diese schwarz-gelbe Regierung es tut. Sie sind eher eine Frau der leisen Töne. Aber eines ist jetzt dringend erforderlich: Mischen Sie sich bitte hörbarer ein! Unsere Unterstützung haben Sie.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Kultur. Waren Sie es, Herr Staatsminister Neumann, oder waren es Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen, die in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses noch eine Schippe draufgelegt haben? Wie dem auch sei, ich freue mich darüber, auch über die Fraktionsgrenzen hinweg. Dass insgesamt 27 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, ist ein feiner Erfolg für die Kultur.

Besonders freut mich, dass offensichtlich auch unsere Anregungen aufgenommen worden sind. Es wurden Projekte und Titel verstärkt, die der SPD sehr am Herzen liegen. So war zum Beispiel die Aufstockung der Mittel für die **Bundeskulturstiftung** eine zentrale Forderung meiner Fraktion. Die Kulturstiftung des Bundes fördert auf der einen Seite viele wichtige, national bedeutsame Projekte in der Fläche. Dies entlastet auf der anderen

- (C) Seite viele Kommunen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden. Wir begrüßen, dass hierfür 2 Millionen Euro mehr in den Haushalt eingestellt worden sind. Ich finde, das ist gut gelaufen.

Meine Fraktion hat in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses sowohl der Erhöhung der Mittel für die Bundeskulturstiftung als auch der Aufstockung der Mittel für den **Denkmalschutz** zugestimmt. 15 Millionen Euro mehr für den Denkmalschutz ist gut angelegtes Geld. Die geplanten massiven Kürzungen im Bereich des Denkmalschutzes wären ein gravierender Fehler gewesen. Dadurch wäre nicht nur die Erhaltung der kulturellen Substanz gefährdet, sondern dadurch wären auch Arbeitsplätze und Investitionen riskiert worden.

In der Großen Koalition haben wir ein Sonderprogramm aufgelegt, das sehr erfolgreich war, den kleinen national bedeutsamen Denkmälern zugutekam und auf unglaublich große Resonanz stieß. Die Investitionen des Bundes wurden durch die Beteiligung der Länder und Kommunen sowie Dritter multipliziert. Wie gut, dass dieses Programm – seine Bedingungen werden noch festgelegt – fortgesetzt wird! Es freut mich, dass es gelungen ist, den Denkmalschutz mit 15 Millionen Euro zusätzlich zu stärken. Auch dem haben wir zugestimmt.

Ausdrücklich zu begrüßen sind außerdem die vom Haushaltsausschuss bewilligten Mittel zur Bewältigung der Hochwasserschäden vom August dieses Jahres, sowohl für den Fürst-Pückler-Park Bad Muskau als auch für das Kloster St. Marienthal in Ostritz. Darin waren sich alle Fraktionen einig, nachdem wir dieses Thema in den Berichterstattergesprächen erwähnt haben. 5 Millionen Euro als Soforthilfe sind super.

(Zustimmung des Abg. Joachim Poß [SPD])

Ich komme zu **Tarabya**. Viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für Kultur und Medien haben sich dafür eingesetzt. Tarabya ist ein wunderschönes Projekt, das von allen Seiten große Unterstützung erfahren hat,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Nicht von der FDP!)

wenn auch von dem einen oder anderen Kollegen – ich sehe gerade Herrn Koppelin an – vielleicht nicht so sehr. Immerhin gibt es einen gültigen Beschluss des Deutschen Bundestages. Daran muss sich das Ministerium halten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Alle Fraktionen haben diesem Vorschlag zugestimmt. Die Mittel für die bauliche Sanierung der zur Nutzung der Künstlerakademie festgelegten Häuser sind bereitgestellt worden. Wir werden darauf achten, dass diese Mittel wirklich für die festgelegten Häuser verwendet und für die Umsetzung des Konzepts der Künstlerakademie genutzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LIN-
KEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-
NEN)

Petra Merkel (Berlin)

- (A) Anfang September dieses Jahres hatte das Auswärtige Amt ein verändertes Nutzungskonzept für das Gelände Tarabya in Istanbul vorgelegt, das allerdings nicht getragen wurde. Es ist erstaunlich, welch ein Kraftakt für eine gute Idee aufgewandt werden muss. Manchmal habe ich den Eindruck, dass Verwaltungsgerangel stärker ist als ein Beschluss des Deutschen Bundestages. Aber wir geben nicht auf.

Im kommenden Haushaltsjahr muss nachgelegt werden. Für den Betrieb der Künstlerakademie Tarabya stehen nicht ausreichend Mittel zur Verfügung, für die Stipendien ebenfalls nicht. Insofern sage ich Ihnen, Herr Außenminister, auch wenn Sie im Augenblick nicht in diesem Raum sind: Hier können wir Ihre Unterstützung gebrauchen. Es wäre angebracht, dass auch Sie sich für dieses Projekt starkmachen.

Ich danke den Staatsministern, die für diesen Etat zuständig sind, den Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Unterstützung, den Kolleginnen und Kollegen für die Diskussion und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wolfgang Börnsen hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Petra Merkel, ich schätze Kollegen, auch und gerade aus der Opposition, die fairerweise auch kulturpolitische Erfolge öffentlich anerkennen. Das ist nicht selbstverständlich. Sie sind eine rühmliche Ausnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Da sind wir uns doch immer einig, Herr Börnsen!)

Gestern vor zehn Jahren berichtete die *Berliner Zeitung*:

Kultur-Staatsminister Naumann verlässt das rot-grüne Kabinett.

Er geht lieber zur Wochenzeitung *Die Zeit*.

Fast auf den Tag genau heute vor fünf Jahren hat Kulturstaatsminister Neumann sein Amt angetreten. Von ihm ist nicht bekannt, dass er aussteigen will. Im Gegenteil, ihm macht diese Arbeit Freude: weil er Erfolg hat, weil er sich der Unterstützung der Bundeskanzlerin sicher sein kann und weil er eine breite gesellschaftliche Zustimmung erfährt.

Die *Süddeutsche Zeitung* zog vor sechs Tagen folgende Bilanz:

Bernd Neumann, der Kulturstaatsminister des Bundes, ist im Kabinett Merkel ein fester Erfolg ... Keiner der Vorgänger hat mit solchem Erfolg die Interessen seiner Klientel gewahrt.

Herzliche Gratulation zu diesem medialen Ritterschlag, Herr Staatsminister! (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Kulturpolitik in Deutschland ist Kernkompetenz im Bundeskanzleramt. Sie ist ein zentrales Regierungsanliegen. Sie dokumentiert die **ideellen Werte**, die es in unserer Gesellschaft zu fördern gilt: Toleranz, Verständnis, Kritikfähigkeit und Mitverantwortung. Sie ist sinnerfüllend, identitätsstiftend und trägt zur Lebensfreude bei. Deshalb ist ihre Förderung und Finanzierung gerechtfertigt.

Die Kulturpolitik des Bundes geht mit gutem Beispiel voran. In den fünf Neumann-Jahren ist der Kulturretat von 915 Millionen Euro auf 1,16 Milliarden Euro angestiegen. Ich finde, das ist ein großartiger Erfolg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das Filmland Deutschland hat etwas davon gehabt: Mit dem Filmförderfonds und hochklassigen Filmschaffenden befinden wir uns jetzt in der europäischen Spitzenklasse.

Das Musikland Deutschland hat etwas davon gehabt: Mit der Initiative Musik wurden unabhängig von der Klassik Hunderte neue Projekte im Bereich der 50 000 Pop- und Jazzgruppen angestoßen.

Das Medienland Deutschland hat etwas davon gehabt: Mit der klugen Initiative „Ein Netz für Kinder“ wird erstmalig in dieser Form bei Heranwachsenden das Demokratieverständnis gefördert. (D)

Auch im sechsten Neumann-Jahr wird an der Kultur nicht gekürzt. Damit kann die Digitalisierung der Kinos verwirklicht werden. Das bedeutet nicht nur erstklassige Kinos in den Metropolen, sondern auch in der Fläche. Die mittelständische Kinowirtschaft wird gestärkt. Damit können die Veranstalter des 500-jährigen Reformationjubiläums 2017 sicher sein: Das **Martin-Luther-Jahr** kann als Ereignis von Weltrang gewürdigt werden. Experten gehen davon aus, dass 5 Prozent der weltweit 400 Millionen Protestanten 2017 das Mutterland der Protestanten besuchen werden. Das ist eine kulturpolitische und kulturhistorische Herausforderung.

Bereits jetzt ist unser Land nach Frankreich auch wegen seines Kulturreichtums das zweitbeliebteste Reiseland in Europa. Gut 90 Milliarden Euro werden durch den Kulturtourismus eingenommen, und fast 2 Millionen Menschen sichern er den Arbeitsplatz. Folgerichtig wird im Kulturretat 2011 auch der Denkmalschutz weiter gestärkt. 550 Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung wurden allein durch diese staatliche Förderung für uns alle gesichert. Tausende weitere kommen hinzu, angestoßen und finanziert durch großartige Bürger und Privatinitiativen. Ihnen und den vielen Millionen Menschen, die unserer Gesellschaft im kulturellen Ehrenamt verantwortungsbewusst Wissen und Wärme geben, gilt unser Dank.